



 - Fraktion im Bamberger Stadtrat

An den
Oberbürgermeister der Stadt Bamberg
Herrn Andreas Starke

Rathaus Maxplatz
96047 Bamberg

Fraktionsbüro (nur Montagabend)
Grüner Markt 7
96047 Bamberg
Telefon und Telefax: 0951/203370
hier:
Dieter Weinsheimer, Vorsitzender
Oberer Stephansberg 42 b
Tel. 0951/ 12 9 15
ePost: weinsheimer@bnv-bamberg.de
www.bamberger-allianz.de

Bamberg, 25.04.2017

Geeignete Straßen für Tempo 30 im Stadtgebiet; hier: Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nachdem von verschiedenen Stadtratsfraktionen immer mehr Anträge gestellt werden, für einzelne Straßen eine Geschwindigkeitsbegrenzung für KfZ auf 30 km/h zu verlangen, bittet die BA-Fraktion um eine grundsätzliche Bearbeitung des Sachverhalts.

Die Ausweisung von Tempo 30 für einzelne Straßen hat zwangsläufig Auswirkungen zumindest für die Nachbarstraßen ggf. für ganze Stadtbereiche. Wir halten es für notwendig, dass dieser Gesamtzusammenhang stets berücksichtigt wird.

Namens der BA-Stadtratsfraktion beantragen wir deshalb:

- 1. Die Stadtverwaltung berichtet, für welche Straßen im Stadtgebiet Tempo 30 geplant ist.**
 - a) Aufgrund eingebrachter Anträge aus dem Stadtrat**
 - b) Aufgrund eigener Überlegungen bzw. erkannter Notwendigkeit.**
- 2. Die Stadtverwaltung benennt die wesentlichen rechtlichen und verkehrstechnischen Kriterien, die für die Ausweisung von Tempo 30 (vornehmlich für Kraftfahrzeuge) maßgebend sind.**

Mit freundlichen Grüßen

Michael Bosch
Sprecher im Umwelt- und Verkehrssenat

Hans-Jürgen Eichfelder
Mitglied des Umwelt- und Verkehrssenat

SZ, 5.4.17 Langsamer fahren ist schädlich

Ein Tempolimit von 50 auf dem Mittleren Ring würde weder der Umwelt noch den Anwohnern helfen, womöglich wäre es sogar kontraproduktiv. Zu diesem Schluss kommen Experten des Umweltreferats. Selbst die Grünen plädieren daraufhin dafür, es bei Tempo 60 zu belassen

Von Dominik Hutter

München – Es bleibt bei Tempo 60: Die Rathaus-Grünen sind mit ihrem Vorschlag gescheitert, auf dem gesamten Mittleren Ring ein Limit von 50 Stundenkilometern einzuführen. Die Mehrheit des Kreisverwaltungs Ausschusses und letztlich auch die Grünen selbst folgten dem Vorschlag von Kreisverwaltungsreferent Thomas Böhle, den Status quo auf Münchens wichtigster Straße zu erhalten. Die Begründung: Tempo50 bringt nichts – weder für die Luft noch für die lärmgeplagten Anwohner. Zu diesem Schluss war das städtische Umweltreferat gekommen. Der Pilotversuch an der Landshuter Allee, wo seit einiger Zeit 50er-Schilder stehen, wird trotzdem fortgeführt. Die Situation an dieser Stelle ist laut Verwaltung nicht auf den gesamten Ring übertragbar.

Mehr als 100000 Autos pro Tag, an einigen Stellen sogar noch deutlich mehr, rauschen täglich über die 28 Kilometer lange Bundesstraße 2R, wie der Mittlere Ring im Verkehrsplanerdeutsch heißt. An den dort gelegenen Wohnhäusern herrscht tagsüber ein Lärmpegel von mehr als 70 Dezibel, nachts noch immer von gut 60 Dezibel. Grund genug für die Grünen, im Interesse der Anwohner mehr Ruhe und bessere Luft einzufordern.

Nur: Laut den Experten des Umweltreferats sind ganz andere Faktoren für den Lärm- und Schadstoffausstoß der Autos maßgeblich – vor allem das ständige Anfahren und Abbremsen belastet Umwelt und Anlieger. Wichtiger als ein Tempolimit sei daher, den Verkehrsfluss zu verbessern. Dies könne in der Tempo-50-Zone an der Landshuter Allee funktionieren, wie ein Gutachten des Landesamts für Umwelt speziell für diese Stelle ergeben hat. Aber eben nicht überall.

In vielen Bereichen des Rings ist die Tempo-Debatte wohl ohnehin eher theoretischer Natur. Obwohl die B2R auf weiten Strecken kreuzungsfrei, stellenweise sogar autobahnähnlich ausgebaut ist, sind zur Hauptverkehrszeit Staus eher die Regel als die Ausnahme. Viele sind schon froh, wenn die Nadel ihres Tachos gelegentlich in die Nähe der 40er-Marke gerät.

Das Umweltreferat geht davon aus, dass bei einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 50 Kilometer pro Stunde der Lärmpegel um ein Dezibel abnimmt – und das auch nur, wenn das ständige Beschleunigen und Wiederabbremsen minimiert werden können. Die Umwelt hätte fast nichts davon. Denn wie viel Dreck ein Auto in die Atmosphäre bläst, hänge vor allem vom Fahrverhalten, vom Fahrzeugtyp, der Temperatur des Motors sowie dem Gefälle der Fahrbahn ab. Geht es bergauf, nehmen die Emissionen deutlich zu, bergab nicht ganz so deutlich ab. Ob die maximale Geschwindigkeit bei 50 oder 60 liegt, spielt eher eine untergeordnete Rolle.

Systematische Untersuchungen, was eine Reduzierung von 60 auf 50 bringt, seien in der Fachliteratur nicht bekannt, schreibt das Umweltreferat. Analysiert wurde allerdings, was eine Reduzierung von 50 auf 40 oder gar 30 bringen könnte. Mit wenig überzeugendem Ergebnis: Bei langsamer Fahrt auf ebener und freier Strecke stiegen die Stickstoffdioxid-Emissionen tendenziell sogar an. Beim Feinstaub gilt Tempo30 als die ungünstigste Geschwindigkeit, bei dieser ist der Schadstoffausstoß am heftigsten. Allenfalls die Wiederaufwirbelung von Feinstaub werde bei niedriger Geschwindigkeit möglicherweise reduziert. Auch an der Landshuter Allee sei bislang nicht sicher, ob der gewünschte Effekt erreicht wird. Dies müsse erst noch abschließend evaluiert werden.

Wie Kreisverwaltungsreferent Böhle hat sich auch die Polizei gegen Tempo50 ausgesprochen; für die Verkehrssicherheit sei ein solcher Eingriff nicht nötig. Die Sicherheitskräfte befürchten ein Akzeptanzproblem: Gerade in verkehrsärmeren Zeiten könne man keinem Autofahrer erklären, warum er auf zwei- bis dreispurigen Fahrbahnen, die mit Leitplanken oder Grünstreifen vom Gegenverkehr getrennt sind, nur 50 fahren darf. Stadtbaurätin Elisabeth Merk würde ein geringeres Tempolimit hingegen befürworten. 50 sei ohnehin die Regelgeschwindigkeit in der Stadt. Die Fahrtzeiten auf dem Ring blieben wegen des großzügigen Ausbaus konkurrenzlos.

Die Grünen entschieden sich im Kreisverwaltungs Ausschuss am Dienstag, wenigstens eine „Minimallösung“ zu erreichen, wie es Stadtrat Dominik Krause ausdrückte: eine verbesserte Überwachung der bestehenden Höchstgeschwindigkeit. Dafür sollten zusätzliche Blitzer installiert werden. Die Stadt solle sich deshalb beim Innenministerium dafür einsetzen, dass solche Anlagen nicht nur an Gefahren-Brennpunkten, sondern künftig auch an Stellen montiert werden, an denen die Gesundheit von Anwohnern gefährdet ist. Die Mehrheit des Stadtrats stimmte dieser Anregung zu.